

Analyse des Wahlmanifests der SPD vom 4. Juli 2005

I. Bewertung

Das SPD-Wahlmanifest ist ein Dokument der leeren Versprechen

Wie schon 1998 und 2002 verspricht die SPD das Blaue vom Himmel, ohne zu sagen, wo das Geld herkommen soll.

Ein Auszug aus der Wunschliste der SPD, die allein für den Bund Mehrausgaben in Höhe von über 60 Mrd. Euro nach sich ziehen würde:

- Senkung der Körperschaftsteuer für Kapitalgesellschaften
- Elterngeld
- gebührenfreie Kindertagesstättenplätze
- Absetzbarkeit privater Handwerkerrechnungen
- höhere Leistungen für Langzeitarbeitslose im Osten
- Ausweitung Pflegeversicherung, höhere Entwicklungshilfe, mehr Städtebauförderung

Angesichts eines Haushaltslochs in Höhe von über 50 Mrd. Euro ist das eine Verweigerung vor der Realität. Das Prinzip des Versprochen – Gebrochen setzt die SPD damit nahtlos fort.

Das SPD-Wahlmanifest ist ein Dokument der Kraftlosigkeit

Der SPD fehlt die Kraft für eine Politik, die den Realitäten unseres Landes gerecht wird. Völlig fehlen Antworten, wie Deutschland seine strukturellen Probleme bei Wachstum und Beschäftigung in den Griff bekommen kann:

- Kein Wort der SPD zur Verringerung der Massenarbeitslosigkeit
- Kein Wort der SPD zur Verbesserung des Wirtschaftswachstums
- Kein Wort der SPD zur Verringerung der Rekordverschuldung.

Das SPD-Wahlmanifest ist ein Dokument der Ziellosigkeit

Das SPD-Wahlmanifest widerspricht der Politik der rot-grünen Bundesregierung in den vergangenen sieben Jahren. Es ist der endgültige Abschied vom Kurs Gerhard Schröders.

- Jahrelang hat die rot-grüne Bundesregierung die Senkung des Spitzensteuersatzes betrieben und ihn um insgesamt elf Punkte auf 42 Prozent herabgesetzt. Jetzt macht die SPD plötzlich unter dem Etikett „Reichensteuer“ das Gegenteil.
- Jahrelang haben Gerhard Schröder und seine Sozialministerin Ulla Schmidt die Bürgerversicherung abgelehnt. Nun will die SPD sie einführen.
- Lange Zeit verteidigten Gerhard Schröder und SPD-Chef Müntefering die Arbeitsmarktreform Hartz IV. Jetzt legt die SPD den Rückwärtsgang ein.

Dieses „Wahlmanifest“ passt weder zur Lage in Deutschland, noch zum Spitzenkandidaten Gerhard Schröder. Es zeigt die ganze Zerrissenheit der deutschen Sozialdemokratie. Damit hat die SPD endgültig Schröders „Neue Mitte“ verlassen und sich auf den Weg in die Opposition gemacht.

II. Überblick

Am 4. Juli hat der erweiterte SPD-Parteivorstand unter dem Titel „Vertrauen in Deutschland“ einstimmig das „Wahlmanifest der SPD“ für die sich abzeichnende Bundestagswahl beschlossen.

Der Parteivorsitzende Franz Müntefering nannte bei der Vorstellung des Papiers die Bereiche Arbeit, Sicherheit und Menschlichkeit als zentrale Leitlinien.

Das 41-seitige „Manifest“ gliedert sich in **vier Teile**:

- einen viereinhalbseitigen **Rückblick** auf sieben Jahre Rot-Grün im Bund unter dem Titel „Das Erreichte: Erneuerung und Zusammenhalt“, eingeleitet von einer „Bilanz“ des „Erbes von Helmut Kohl“. Tenor: „Wir haben den Stillstand überwunden und Deutschland vorangebracht“.

⇒ Unglaublich: Deutschland liegt beim Wachstum auf dem letzten Platz in Europa und muss mit einer Rekordarbeitslosigkeit kämpfen.

- einen vierseitigen **Grundsatzteil** („Die Richtung“) mit viel sozialdemokratischem Pathos:
 - „Soziale Gerechtigkeit macht stark“
 - „Solidarität macht sicher“
 - „Wir wollen die Freiheit der Vielen. Es ist die Freiheit, die durch soziale Gerechtigkeit ermöglicht wird.“

⇒ Unglaublich: Laut Armutsbericht der rot-grünen Bundesregierung ist die Armut in Deutschland seit 1998 Jahren gestiegen. Über eine Million Kinder leben von Sozialhilfe.

- „Nur Soziale Marktwirtschaft schafft Wachstum und Arbeit“

⇒ Unglaublich: Erneut versucht die SPD, das Markenzeichen der CDU, die Soziale Marktwirtschaft, für sich zu reklamieren. Dabei blenden die Sozialdemokraten die Wirklichkeit aus:
Die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards steht für Chancen und Wohlstand für alle, Wachstum „Made in Germany“, verantwortliches Haushalten, verlässliche und gerechte Sozialsysteme sowie Freiheit und Verantwortung.

Die SPD und die rot-grüne Bundesregierung stehen dagegen für dramatisch steigende Armut in Deutschland mit einer Million Kinder in der Sozialhilfe, das geringste Wirtschaftswachstum aller 25 EU-Länder, eine Rekordarbeitslosigkeit von fünf Millionen Arbeitslose, so viele Schulden wie nie zuvor, steigende Beiträge, unsichere Renten und Zwei-Klassen-Medizin sowie Bürokratie und Bevormundung.

- „Wir bewahren den Sozialstaat. Wir wollen einen starken und solidarischen Staat“.
- „Wir wollen den Primat der Politik. Wir akzeptieren nicht, dass Geld die Welt regiert“.
- „Deutschland ist eine starke Friedensmacht und muss es bleiben.“

⇒ Unglaublich: Trotz der prekären Menschenrechtssituation in China tritt die SPD-geführte Bundesregierung für eine Aufhebung des Waffenembargos ein.

- einer zweiseitigen Auseinandersetzung unter dem Titel „Die Sackgassen“ mit **CDU/CSU und FDP** (u.a. mit den Vorwürfen, den Markt entfesseln und die Gesellschaft entsolidarisieren zu wollen) sowie **PDS/WASG** („die Demagogen“)
- und einen 27-Seitigen **Hauptteil**, der sich in 24 Kapiteln den einzelnen Politikfeldern widmet.

III. Die wichtigsten Forderungen im Einzelnen

Bewertung:

- ⇒ Der Hauptteil des Wahlmanifests enthält ein Sammelsurium aus leeren Wahlversprechen ohne klare Finanzierungsgrundlage und viel heißer Luft in Form von wolkigen Ankündigungen ohne Einzelheiten und Verweisen auf bereits Beschlossenes. Vieles widerspricht klar dem bisherigen Kurs der Regierung Schröder.
- ⇒ Alles zusammengenommen würden durch die Wahlversprechen allein dem Bund bis 2009 Mehrausgaben in Höhe von über 60 Mrd. Euro entstehen.
- ⇒ Völlig fehlen Antworten, wie Deutschland seine strukturellen Probleme bei Wachstum und Beschäftigung in den Griff bekommen kann.
- ⇒ Das „Wahlmanifest“ passt damit weder zur Lage in Deutschland, noch zum Spitzenkandidaten Gerhard Schröder. Es zeigt die ganze Zerrissenheit der deutschen Sozialdemokratie. Damit hat die SPD endgültig Schröders „Neue Mitte“ verlassen und sich auf den Weg in die Opposition gemacht.

1. Arbeit/Ausbildung

- Ausweitung des Arbeitnehmerentendengesetzes auf alle Branchen; ggf. Einführung von **Mindestlöhnen**
 - ⇒ Keine klare Linie: SPD-Führung war lange Zeit dagegen.
 - ⇒ Kraftlos: Zugeständnis an Parteilinke. Führt zu Unternehmensabwanderung und noch größerer Arbeitslosigkeit.
- Keiner unter 25 länger als 3 Monate ohne Arbeit oder Ausbildung
 - ⇒ Wahlversprechen ohne Grundlage: Bereits für März 2005 versprochen – und gebrochen.

- Ausbildungspakt fortsetzen; Ziel: Ausbildungsangebot für jeden Ausbildungsfähigen und –willigen
 - ⇒ Wahlversprechen ohne Grundlage: Lehrstellenlücke nach wie vor groß; Ursachen: fehlende wirtschaftliche Dynamik, falsche Rahmenbedingungen für Ausbildung
- „regionale Beschäftigungspakete für Ältere“
 - ⇒ Kosten: 250 Mio. Euro in vier Jahren
- Verschiebung der kürzeren Bezugsdauer für Arbeitslosengeld I um zwei Jahre
 - ⇒ Wahlversprechen ohne Grundlage: Kosten in Höhe von 8 Mrd. Euro in vier Jahren
- Insolvenzschutz für Arbeitszeitkonten
- Beibehaltung des heutigen Kündigungsschutzes, Ablehnung betrieblicher Bündnisse, „zukunfts feste“ Gestaltung der Mitbestimmung gemeinsam mit Sozialpartnern
- Steigerung der Frauenerwerbsquote auf 60 Prozent

2. Wirtschaft

- Mehr Geld für den Ausbau des Straßen und Schienennetzes
 - ⇒ Wahlversprechen ohne Grundlage: Kosten in Höhe von 2. Mrd. Euro in vier Jahren
- Wirksame Straffung des Planungsrechts
 - ⇒ Keine klare Linie: darauf konnte sich Rot-Grün in sieben Jahren nicht einigen.
- Zinsgünstige Kredite für innovative Mittelständler (2 Prozent unter Marktzins)
- One-Stop-Shop-Prinzip bei Existenzgründungen
 - ⇒ Kraftlos: Warum nicht schon eher? Dafür war sieben Jahre lang Zeit.
- Beibehaltung der Steinkohlesubventionen in der festgelegten Höhe
 - ⇒ Kraftlos: Investition in die Vergangenheit statt in die Zukunft.
- Bürokratieabbau: Umweltgesetzbuch schaffen
 - ⇒ Kraftlos: Ladenhüter. Bisherige Versuche sind gescheitert.

3. Forschung

- Anhebung des Anteils der Ausgaben von Forschung und Entwicklung am BIP bis 2010 auf drei Prozent (Staatsanteil: ein Drittel).
 - ⇒ Wahlversprechen ohne Grundlage: Kosten in Höhe von ca. 2,5 Mrd. Euro in vier Jahren

- neues Innovationsprogramm der Hochschulen (u. a. Förderung von Autonomiemodellen und professionellem Management,
⇒ Kraftlos: keine Einzelheiten, keine Finanzierungsvorschläge

4. Aufbau Ost

- Verlängerung der Möglichkeit, Planungsverfahren zu beschleunigen, Einführung in ganz Deutschland
- Pilotprojekte zum demographischen Wandel
⇒ Kraftlos: Keine Einzelheiten.
- Fortführung der 2006 auslaufenden Investitionszulage
⇒ Wahlversprechen ohne Grundlage: Kosten in Höhe 1 Mrd. Euro bis 2009

5. Steuern/Haushalt

- Für hohe Einkommen (250.000/500.000 Euro) um drei Prozent erhöhte Einkommenssteuer.
⇒ Keine klare Linie: Mehrmals hat Rot-Grün den Spitzensteuersatz gesenkt – auf heute 42 Prozent. Plötzlich will die SPD ihn wieder anheben.
⇒ Keine klare Linie: Gerhard Schröder und SPD-Chef Franz Müntefering haben sich jahrelang klar gegen eine Vermögenssteuer ausgesprochen. Plötzlich fordert die SPD eine „Reichensteuer“.
⇒ Kraftlos: Zugeständnis an die Parteilinken.
- Senkung der Körperschaftssteuer von 25 auf 19 Prozent
⇒ Wahlversprechen ohne Grundlage: Kosten in Höhe von 20 Mrd. Euro in vier Jahren; keine Einzelheiten zur Finanzierung
- „Umgestaltung“ der Erbschaftssteuer, insbesondere für hohe Erbschaften
⇒ Kraftlos: Zugeständnis an die Parteilinken
- rechtsform- und finanzierungsneutrale Unternehmenssteuer
- Beibehaltung der Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen
- faktische Freistellung von kleineren Betrieben von der Gewerbesteuer durch Anhebung des Anrechnungsfaktors bei der Gewerbesteuer auf 2,0 Prozent
⇒ Wahlversprechen ohne Grundlage: Kosten in Höhe von 900 Mio. Euro in vier Jahren
- Reform der betrieblichen Erbschaftssteuer für kleine und mittlere Unternehmen
- Steuerliche Absetzbarkeit von privaten Handwerkerrechnungen bis 600 Euro
⇒ Wahlversprechen ohne Grundlage: Kosten in Höhe von 1 Mrd. Euro in vier Jahren

- „zusätzliche“ Impulse für haushaltsnahe Dienstleistungen
 - ⇒ Keine klare Linie: Im Wahlkampf 1998 hat die SPD die steuerliche Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen noch als „Dienstmädchen-Privileg“ diffamiert und nach der Wahl abgeschafft.
- Neuer Anlauf zum Abbau von Steuervergünstigungen
- „konjunkturgerechte“ Konsolidierung der Staatsfinanzen
 - ⇒ Keine klare Linie: In Sonntagsreden wird Generationengerechtigkeit gepredigt – im Alltag lädt Rot-Grün der nächsten Generation mit immer mehr Schulden überbordende Lasten auf.
 - ⇒ Kraftlos: Immer neue Schulden vertiefen die wirtschaftlichen Probleme in Deutschland. Weg in den Schuldenstaat.

6. Bildung

- Tagesbetreuungsausbaugesetz: 230.000 zusätzliche Plätze für Kinderbetreuung bis 2010
 - ⇒ Wahlversprechen ohne Grundlage: (Folge-)Kosten in Milliardenhöhe für Kommunen (5,6 Mrd. bis 2009)
- 4 Mrd. Euro bis 2008 für Einrichtung von Ganztagschulen
 - ⇒ Kosten in Höhe von 4 Mrd. Euro in vier Jahren
- Keine Studiengebühren; Hochschulzugang auch für besonders qualifizierte Azubis
- Ausbildung von Lehrern für islamischen Religionsunterricht

7. Familie

- Rechtsanspruch für Tagesbetreuung ab dem zweiten Lebensjahr bis 2010
 - ⇒ Wahlversprechen ohne Grundlage: Finanzierung völlig unklar
- Schrittweise Gebührenfreiheit von Kitas
 - ⇒ Wahlversprechen ohne Grundlage: Kosten in Höhe von 4,8 Mrd. Euro in vier Jahren
- Umwandlung des Erziehungsgeldes in ein Elterngeld mit Einkommenszusatzfunktion
 - ⇒ Keine klare Linie: Bisher hat die SPD das Prinzip „Jedes Kind ist uns gleich viel wert“ vertreten. Dies wird nun aufgegeben
 - ⇒ Wahlversprechen ohne Grundlage: Kosten in Höhe von 5,2 Mrd. Euro in vier Jahren.
- Bündelung der Familienleistungen in einer „Familienkasse“

8. Sicherheit

- ⇒ Kraftlos: Bis auf Allgemeinplätze und Plattitüden keine Ideen für ein sichereres Deutschland

9. Soziales

- Heranführung des faktischen Renteneintrittsalters an das gesetzliche von 65 Jahren.
- Umwandlung der Kranken- und Pflegeversicherung zu einer „Bürgerversicherung“
 - ⇒ Keine klare Linie: Gerhard Schröder und Sozialministerin Ulla Schmidt haben eine Bürgerversicherung lange Zeit klar abgelehnt.
 - ⇒ Kraftlos: Diffuse Pläne, keine Einzelheiten. Zugeständnis an die Parteilinke.
- Leistungsanpassung in der Pflegeversicherung
 - ⇒ Wahlversprechen ohne Grundlage: Kosten in Höhe von 5,4 Mrd. Euro in vier Jahren.

10. Europa/Außenpolitik/Bundeswehr

- Europäisches Sozialmodell erhalten
 - ⇒ Unglaublich: Steigende Armut in Deutschland seit 1998 (Arbeitsbericht der Bundesregierung)
- EU-Erweiterungspolitik vorantreiben (Bulgarien, Rumänien, Türkei)
 - ⇒ Vollmitgliedschaft der Türkei ist auf lange Sicht nicht im deutschen Interesse. Besser: privilegierte Partnerschaft.
- Übernahme militärischer Verantwortung im Rahmen der NATO und der EU zur Friedenssicherung und zum Schutz der Menschen
- Kein Einsatz der Bundeswehr im Innern
- Keine klare Aussage zur Wehrpflicht: „Transformationsprozess“ fortsetzen
- Anhebung Entwicklungshilfe bis 2010 auf 0,51 % des BIP (bis 2015: 0,7 %)
 - ⇒ Wahlversprechen ohne Grundlage: Kosten von 8 Mrd. Euro in vier Jahren